

Ver.di pro „Sexarbeit“: Auf der Seite der Ausbeuter?! 28.03.2025

„Sexarbeit ist Arbeit. Für eine selbstbestimmte Erwerbsarbeit“. Der Bundesfrauenrat von ver.di positioniert sich in einem Papier vom März 2025 gegen ein Sexkaufverbot. Wir haben die Argumente geprüft:

1. Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Das ist eine ver.di Forderung, die mantramäßig wiederholt wird, aber ins Leere greift, weil die Frauen in der Prostitution zumeist als Solo-Selbständige agieren, also in keinem regulären Arbeitsverhältnis sind. Das wird in dem Papier auch zugestanden, die Bedingungen dieser Selbständigkeit werden aber verschwiegen. Oft halten Zuhälter Frauen in Schuldknechtschaft und nehmen ihnen ihr Geld weg. (Manfred Paulus, 2020) Zuhältereie ist legal, solange nicht mehr als 50% der Einnahmen einbehalten werden, aber wie will man das genau kontrollieren, wenn viele Frauen kein Konto haben? Oft haben die Frauen außerhalb des Bordells keine eigene Bleibe. Was für einen Aufschrei gäbe es, wenn Arbeiter in den Schlachtbetrieben an ihren Wirkungsstätten übernachten müssten? 24/7 im Geruch von fremdem Schweiß und Sperma leben zu müssen, ist auch nicht besser. De Fakto wären also viele Frauen obdachlos, wenn sie sich nicht prostituieren würden. **Wer wirklich für eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen eintritt, sollte zunächst einmal den Ist-Zustand realistisch darstellen und feststellen, wie hilflos der Staat unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen ist, diese Form der „Solo-Selbständigkeit“ positiv zu beeinflussen!**

2. Abwertung und Vorurteile durch Moralisten geschürt?

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von „Sexarbeit“ sei geprägt von **moralischen Vorstellungen** und daraus resultierenden **Vorurteilen**. Sex Arbeiterinnen würde die **Freiwilligkeit abgesprochen**. Sie würden **moralisch abgewertet** und **pauschal als Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution** dargestellt. Hier findet eine bemerkenswerte Umwertung von Werten statt: **Moral und Ethik** sind nach unserem – und allgemeinem - Verständnis, das, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Darauf basiert auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und jede Art von Vertrag über unser Zusammenleben. Der Rechtsstaat setzt den Rahmen, aber ein Verständnis Moral und Ethik ist die Voraussetzung dafür, dass wir als Menschen vertrauensvoll zusammenleben und arbeiten können: am Arbeitsplatz, in der Familie, im Freundeskreis und in der Gewerkschaft. Wir finden z.B. ungleiche Bezahlung unmoralisch und bekämpfen sie. Bei einer Frage von höchster menschenrechtlicher Relevanz wie der Verfügung über den eigenen, bzw. einen fremden Körper, soll das plötzlich nicht mehr gelten? Hier wird mit „Moral“ dem politischen Gegner wohl indirekt eine **verklemmte Sexualmoral** unterstellt. Das ist ein beliebter Topos aus der Mottenkiste der Happy-Sexwork-Lobby.

3. Opfernarrativ als Vorurteil?

Es ist auch kein **Vorurteil**, dass Frauen zumeist unfreiwillig oder durch Manipulation in die Prostitution geraten. Übereinstimmenden Polizeiberichten zufolge sind um die 90% der Frauen in der Prostitution Opfer von Menschenhandel. Einmal gefangen im System, gelingt der Ausstieg kaum noch. Bei Drogensucht, Obdachlosigkeit und großen Notlagen kann auch nicht von „Freiwilligkeit“ gesprochen werden! Jeder weiß: **Nicht alle sind Opfer**. Selbstverständlich gibt es auch die Besserverdienenden, Studio Betreiberinnen, BDSM-Expertinnen, sie alle sind am oberen Ende der Nahrungskette, können sich eigene Wohnungen und sogar die ver.di Mitgliedschaft leisten, während bei den ausgebeuteten Frauen weiter unten, niemand nach der Freiwilligkeit fragt, sondern einfach die Behörden oder die Polizei für zuständig erklärt. **Nur die Gewinner des Systems Prostitution brauchen die liberale Gesetzgebung, weil sie ihr Geschäftsmodell optimiert. Und sie brauchen Politiker*innen und Gewerkschaften, die das auf Gewalt basierende System verteidigen.**

Es ist also keineswegs „moralische Abwertung“, Opfer als solche zu benennen, sondern Verantwortungslosigkeit, das nicht zu tun und nur die oberen 10% als Klientel im Blick zu haben. Frauen, die sich auf der Berliner Kurfürstenstraße für einen Döner in Verrichtungsboxen benutzen lassen, haben nichts mit den wenigen „selbstbestimmten Sexarbeiterinnen“ gemein, für die ver.di sich zuständig fühlt! Dass es noch einen großen Graubereich dazwischen gibt, ändert nichts an der menschlichen und moralischen Verpflichtung, zuerst die Opfer des Systems im Blick zu haben, nicht die Profiteure! **Will Die Gewerkschaft sich weiterhin als Fürsprecherin einer privilegierten Klientel begreifen? Auch dann, wenn sie dabei viele namenlose Opfer von sexueller Ausbeutung als Kollateralschaden hinnehmen muss?**

4. „Sexarbeit“? Stigmatisierung durch Sprache zeigt soziale Kälte und beschönigt Gewalt

Wenn Frauen den Begriff „Sexarbeit“ für sich selbst gewählt haben, ist daran nichts auszusetzen. Wenn aber Außenstehende diesen benutzen, wirkt das zynisch. Zumal bei ver.di auch Bordellbetreibende und andere Profiteur*innen des Systems Prostitution unter den Begriff Sexarbeiter*innen subsumiert werden. Viele Frauen sehen sich durch diesen Begriff stigmatisiert und allein gelassen, denn die Gewalt im System Prostitution wird unsichtbar gemacht. (Sandra Norak) „Mein Körper ist kein Arbeitsplatz!“ so die Aussteigerin Lydia empört auf einer Fachtagung. Die Verharmlosung als „Arbeit“ erleichtert es Zuhältern, Frauen zu manipulieren, Freiern, sich an Körpern zu bedienen und der Gesellschaft, wegzusehen. Bei der sexuellen Ausbeutung von Kindern haben auch allzu viele allzu lange weggesehen. In vielen Fällen ist die Prostitution sehr junger Frauen eigentlich nichts anderes als fortgesetzter „Kindesmissbrauch“ nach der Volljährigkeit.

5. Stigmatisierung als Master-Narrativ

Die **Stigmatisierung** dient bei dem ver.di Papier als **Master-Narrativ**: In erster Linie sei sie es, die gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zu Recht, Schutz und sozialen Ressourcen beschränke. Sogar für die **Begleitkriminalität, für Gewalt und Zwangsprostitution** sei das **Stigma verantwortlich**. Monokausalität ist ein typisches Anzeichen für ideologische Diskurse, die Vieles ausblenden, was nicht ins Weltbild passt – und Anderes umdeuten. Stigmatisierung von Frauen in der Prostitution ist Teil des Problems, aber sie ist keineswegs die einzige - oder die Hauptursache. Die schlimmste Stigmatisierung erfahren die Frauen, wenn Männer, die sie nicht begehren, ungewollt in alle Körperöffnungen eindringen, ins Gesicht abspritzen, auf die Frauen urinieren und tun, was sonst noch so im „Leistungskatalog“ des Bordells oder auf den von Zuhältern verfassten Auftragszetteln steht. (Huschke Mau, *Entmenschlicht*, 2022) In Freier Foren kann doch jeder nachlesen, wie Männer dort mit Gewalt, Rassismus und Sexismus prahlen. (Elly Arrow, Blog: Die unsichtbaren Männer) **Was mit dem Körper der Frauen passiert, ist oft pure Erniedrigung, Machtdemonstration und Frauenhass! Geld schafft Konsens? Der Mensch ist keine Ware. Seine Würde ist unteilbar und unveräußerlich.**

6. Die unsichtbaren Zuhälter

Ideologen sind die großen Vereinfacher, die alles, was nicht ins Bild passt, ausblenden und populistische Erklärungen für ihre als manipulierbare oder hörige „Massen“ begriffene Anhängerschaft anbieten. Im ver.di Papier wird die „Stigmatisierung“ für fast alle Probleme verantwortlich gemacht. Nicht die materielle Basis (keine eigene Wohnung, häufiger Wechsel von Stadt zu Stadt) ist verantwortlich für mangelnde gesellschaftliche Teilhabe, sondern Stigmatisierung! Auch Kriminalität entsteht nicht etwa, weil Frauen zu verkaufen gutes Geld bringt, weil es einen Markt gibt und weil Deutschland perfekte Standortbedingungen für fast risikofreies Agieren bietet, sondern einzig wegen mangelnder Akzeptanz der Gesellschaft? Die völlige Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge wirkt weltfremd. **Von Zuhältern ist in dem Papier bezeichnenderweise an keiner Stelle die Rede, nur von „Sicherheit und Covering“! Zuhälterei, also die sexuelle Ausbeutung von Frauen zum Zweck der Gewinnmaximierung erkennen und benennen ver.di Frauen nicht als Problem? Ist das nur weltfremd, zynisch oder einfach Lobby-Talk?**

7. Zwangsprostitution und Menschenhandel? Nicht unser Problem!?

Die Notwendigkeit der Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel wird in dem ver.di Papier als rein organisatorisches, also lösbares Problem angesehen. Der Staat müsse dafür die Mittel zur Verfügung stellen. Dass Ermittlungen immer von der Aussagebereitschaft von Opfern abhängen, dass diese schwer oder gar nicht gegeben ist, an rudimentären Sprachkenntnissen scheitern, an Druck aus dem Milieu, Traumafolgen und vielen anderen Faktoren, interessiert die Autorinnen offenbar nicht. Dass im Bereich Prostitution und Menschenhandel deshalb quasi eine Kultur der Straflosigkeit herrscht, Rockerbanden, oft in Personalunion mit Rechtsradikalen, sich ihre Einflussphären aufteilen, ohne dass es eine Handhabe gegen sie gäbe – das wird in dem Papier vollständig ignoriert. **Die Autorinnen betrachten die Welt aus der Froschperspektive, die Interessen einer kleinen, privilegierten Schicht von „Sexarbeitenden“ fest im Blick. Die Opfer blenden sie ebenso aus, wie die Begleitkriminalität und die Folgen für die Gesellschaft als Ganzes.**

Widersinnig ist auch die ver.di Forderung, **Menschenhandel und Zwangsprostitution seien strikt zu trennen von selbstbestimmter Sexarbeit**. Als seien nicht alle in der Prostitution Marktteilnehmende, nur eben in unterschiedlichen Segmenten. Nicht alle „Freiwillige“ waren früher Opfer von Manipulation und/oder

Menschenhandel, aber viele. Oft gibt es einen Drehtüreffekt. (Sandra Norak) Aber wer oben angelangt ist, mag nicht nach unten schauen, sondern seine eigenen Privilegien sichern. Und unsere Gesetzgebung orientiert sich nur am Leitbild der selbstbestimmten Sexarbeiterin, das reale Leid-Bild der sexuell Ausgebeuteten blendet sie aus. Lieferkettengesetze sollen richtigerweise Kinder in Afrika und Textilarbeiterinnen in Asien vor Ausbeutung schützen, aber **die Lieferketten des Menschenhandels werden durch unsere Gesetzgebung gefördert und die Lieferwege zu Autobahnen ausgebaut, ohne dass ver.di das problematisieren würde?**

8. Die Evaluation: Abwarten und Tee trinken?

Das Familienministerium hat Versuche, die Prostitutionspolitik infrage zu stellen, oft mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes, also auf Sommer 2025 vertagt. Diese jahrelange Evaluation sollen jetzt auch die Koalitionäre abwarten, fordern der ver.di Frauenrat. Damit wollen sie offenbar verhindern, dass ein Paradigmenwechsel hin zum Nordischen Modell in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. **Die Politik soll abwarten und dann auf dem Weg der Regulierung weiterhin irgendwelche Maßnahmen verfügen, statt das Problem an der Wurzel zu packen: beim Geld der Freier!**

9. Das Nordische Modell wirkt

Der schwedische Kriminalkommissar Simon Häggström war soeben auf einer Lesereise in Deutschland, wo er die Erfolge des Nordischen Modells mit der Präsentation seines Buches **Auf der Seite der Frauen** (deutsch 2025) eindrucksvoll vorgestellt hat. In Schweden ist seit 1999 keine einzige Prostituierte ermordet worden, während in Deutschland im gleichen Zeitraum über 100 Frauen in der Prostitution getötet worden sind. Die Bevölkerung Schwedens war bei der Einführung des Gesetzes skeptisch, ist jetzt aber ganz überwiegend dafür. Es wird auch von allen wichtigen Parteien unterstützt. Frauen in der Prostitution können sich jederzeit an die Polizei wenden und erhalten besonderen Schutz. Menschenhandel gibt es noch, aber drastisch reduziert. Die Nachfrage ist enorm zurückgegangen, denn Sexkauf wird in Schweden gesellschaftlich geächtet, nicht aufgewertet, wie ver.di das wünscht. Anders als bei uns, wird der Menschenhandel in Schweden durch die Gesetzgebung nicht bewässert, sondern ausgetrocknet.

10. Follow the Money! Was bewirkt das Geld der Freier?

Gewerkschafter messen dem Geld naturgemäß einen großen Wert bei: Es ernährt ihre Kinder und sorgt für bessere Lebensverhältnisse. Umverteilung in die richtige Richtung tut Not! Geld kann viel Gutes bewirken – aber auch viel Schlechtes. Das Geld der Freier befeuert den Menschenhandel und ungesunde Wirtschaftskreisläufe. Es zerstört Frauen körperlich und seelisch und überlässt sie dann staatlicher Fürsorge. Gesellschaftliche Schäden und Folgekosten aus dem höchst profitablen System Prostitution werden also externalisiert. Auch an überforderte Gesundheitssysteme in Osteuropa, dessen Pflegepersonal Westeuropa schon weitgehend abgesaugt hat. Viel beschworene Programme sollen in Deutschland „Schutz und Hilfe“ für die Frauen bieten, können aber nur Notpflaster sein.

Das Geld der Steuerzahlenden fließt also in hilflosen Aktionismus, das der Freier hingegen in Drogen, Spielhallen, Korruption, Geldwäsche, weitere kriminelle Aktivitäten und das Luxusleben der Zuhälter. Nur sehr wenig verbleibt bei den Frauen. Legaler Sexkauf lehrt Jugendliche, dass sie ein Recht darauf haben, Porno-Videos am lebenden Objekt nachspielen zu lassen, dass Sexualität vom Geld bestimmt, eine Ware wie jede andere ist. Das Geld der Freier suggeriert Männern Allmacht – allen Männern, denn ihnen allen erlaubt der Staat, als Freier Frauen zu benutzen, sie alle leben also in dem Bewusstsein, potenzielle Freier zu sein! Die Gesellschaft sollte sich überlegen, welche Geldkreisläufe sie unterstützen will. Und eine Gewerkschaft sollte darüber nachdenken, auf wessen Seite sie stehen will. Wir können Prostitution nicht abschaffen, aber wir sind verpflichtet, sie einzudämmen. Das ist nur möglich, wenn es Männern nicht mehr erlaubt ist, Frauen zu kaufen.

Europa macht es vor, Deutschland darf nicht zurückbleiben! Für eine Prostitutionspolitik auf der Basis der Menschenrechte! Nordisches Modell jetzt!

Silvia Reckermann, Aktionsgruppe Gleichstellung Bayern, www.aggbayern.de

c/o EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80, 80336 München